

Eltern und Kinder in der Krise entlasten – ein Diskussionsbeitrag

Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft in eine schwierige Situation geführt. Über die Bedrohung durch die Krankheit selbst hinaus steht die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen auf wackeligen Beinen. Familien sind vor die Aufgabe gestellt, sowohl die Kinder zu Hause zu betreuen und zu beschulen, als auch ihrem Job im Homeoffice nachzugehen, sofern er nicht zu den einschlägigen Berufen im Rahmen der Aufrechterhaltung des Gesundheitsbereichs und der systemrelevanten Infrastruktur zählt.

Für viele ist das eine kaum leistbare Aufgabe! Die Zerrissenheit ist groß. Auf der einen Seite brauchen die Kinder ihre Eltern besonders. Auch sie sind verunsichert dadurch, dass sich ihr ganzer Alltag verändert, sie leiden an der Isolation und vermissen ihre Freund*innen. Gerade weil Eltern ihnen nicht sagen können, wann es vorbei ist, ist die Situation schwer aushaltbar. Auf der anderen Seite ist da der Job. Die wirtschaftliche Existenz. Für Eltern ist der Druck riesig, gerade auch in der Krise zu beweisen, dass sie genauso verlässliche und „wertvolle“ Mitarbeiter*innen sind, wie die Kolleg*innen ohne betreuungspflichtige Kinder.

Für Alleinerziehende ist die Lage besonders dramatisch. Auch die Familien mit niedrigen oder ohne Einkommen, die wir als Gesellschaft zum Beispiel mit gebührenfreiem Mittagessen in der Kita unterstützt haben, bricht diese Entlastung weg.

Die Bildungsungerechtigkeit verfestigt sich mit jeder Woche. Zwar stehen erste Lockerungen im Schulbereich vor der Tür, aber nur für wenige Jahrgänge. Die Einschränkungen für Schule und Kita werden zum Schutz der Gesundheit noch lange Zeit nötig sein. Deutschland steckt im Homeschooling fest, von echtem e-Learning sind wir in der Fläche noch weit entfernt. Viele Kinder haben nicht mal die technische Grundausstattung, die gerade sowohl die Basis für das Homeschooling ist, als auch für die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte und Beziehungen. Über eine schrittweise Rückkehr zu frühkindlicher Bildung und Betreuung, für die wir in Deutschland subjektive Rechtsansprüche geschaffen haben, wird bislang nicht mal diskutiert. Die enorme Bedeutung für die Bildungsbiografien unserer Kinder ist nicht im Fokus, Kinderrechte spielen in der derzeitigen Diskussion keine Rolle.

Eltern und Kinder werden aller Voraussicht nach, auch in den kommenden Monaten zumindest nur eingeschränkt auf Schule und Kita setzen können und stattdessen viel privat kompensieren müssen. Dass es dazu keinerlei Unterstützung geben soll, ist kein haltbarer Zustand. Deshalb schlagen wir Grüne folgende Maßnahmen vor, um einerseits den Zugang zu Bildung von der Kita bis zur Schule zu erweitern und gleichzeitig Familien auch für die kommenden Monate finanziell abzusichern. Die Eindämmung der Pandemie hat oberste Priorität – wir sind aber der Überzeugung, dass auch gesundheitliche und soziale Folgen der Isolation für Kinder sowie der

Belastung der Eltern in der Diskussion mitgedacht werden müssen. Mit den folgenden Punkten wollen wir hierzu einen Anstoß geben.

Passgenaue Lösungen erfordern einen Überblick über den Bedarf:

Derzeit haben wir keinen Überblick, wie der eigentliche Bedarf der Eltern ist. Es gibt Eltern, die ihre Kinder auch weiter über einige Monate hinweg gerne zu Hause betreuen würden, sich das aber finanziell nicht leisten können. Manche Eltern werden dazu sogar gezwungen sein, weil ihr Kind der Risikogruppe angehört. Um zu ermitteln, wie hoch der Bedarf an Betreuungsplätzen in den kommenden Monaten sein wird und wie viele Eltern mit finanzieller Unterstützung die Kinder weiter zu Hause betreuen könnten, sollten die Ländern eine (Online-)Abfrage, durchführen, um den Bedarf der Eltern zu ermitteln. So können – wenn dies unter epidemiologischen Gesichtspunkten empfehlenswert bleibt – auch über August hinaus Gruppengrößen in Kita und Schule möglichst klein bleiben. Gleichzeitig brauchen wir eine Abfrage, wie viele Erzieher*innen und Lehrkräfte der Risikogruppe angehören oder mit Personen der Risikogruppe in einem Haushalt leben, da diese nicht in der Kita, im Hort oder in der Schule eingesetzt werden können.

Ansätze für die Kleinsten

Einige Studien deuten zwar darauf hin, dass (Klein-)Kinder für die Ausbreitung des Coronavirus eine untergeordnete Rolle spielen; diese Annahme ist jedoch nicht gesichert. Da Hygienestandards und Abstandsregeln in Kitas jedoch nicht einzuhalten sein werden, können diese Einrichtungen nicht von heute auf morgen geöffnet werden. Mit den folgenden Vorschlägen respektieren wir diesen Fakt, zeigen aber Möglichkeiten auf, die Bedürfnisse von Familien und kleinen Kindern dennoch mitzudenken:

- Bei der **schrittweisen KiTa-Öffnung bzw. dem Ausbau der Notbetreuung** sollten die Kinder von berufstätigen Alleinerziehenden sowie Kinder, die wegen ihres eigenen sozialen Bedarfs Betreuung bzw. Sozialkontakte brauchen (Einzelkinder,...) möglichst schnell berücksichtigt werden. Es sollte ermöglicht werden, dass Träger vor Ort innerhalb eines epidemiologisch begründeten Rahmens eigene Modelle (z.B. Schichtmodelle, einzelne Tage Kitabesuch ermöglichen auch für die Krippenkinder) entwickeln.
- Da auch Erzieher*innen zur Risikogruppe gehören, wird die ohnehin enge Personalkapazität weiter reduziert. Private Betreuung sollte deshalb erleichtert werden, zum Beispiel indem **kleine Betreuungsgruppen sowie der Besuch bei Freunden** legalisiert werden. Wenn sich etwa bis zu drei

Familien bzw. Hausgemeinschaften zusammenschließen, können Eltern die Kindern abwechselnd betreuen, was sowohl für die Eltern eine Entlastung darstellen würde als auch für die psychische Entwicklung der Kinder wichtig wäre, um deren Isolation zu durchbrechen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass sich dauerhaft immer dieselben Menschen in kleinen Einheiten treffen, um nicht durch ständig wechselnde Kontakte die Ausbreitung des Virus zu befördern.

- Die **Zeiten der Notbetreuung** müssen auf Arbeitszeiten der Eltern ausgebaut werden.
- **Tagesmüttern und -Vätern** muss die Wiederaufnahme ihrer Gruppen erlaubt werden.
- **Kitakinder, die der Risikogruppe angehören**, haben es besonders schwer: den Kontakt zu Freunden können sie noch nicht telefonisch halten, sie werden aber auch nicht bald wieder in die Kita gehen können. Wenn Erzieher*innen hier zumindest versuchen, mit den Eltern Kontakt zu halten und den Kindern regelmäßig Post aus der Kita schicken, wissen die Kinder zumindest, dass sie nicht vergessen wurden. Weitergehende Konzepte zur Frage wie unter diesen Bedingungen völlige Isolation verhindert werden kann, sollten mit Entwicklungspsycholog*innen entwickelt werden. Darüber hinaus muss die Frage adressiert werden, wie **Inklusion** weiter gelingen kann, kreative Lösungen müssen für jeden Einzelfall möglich gemacht werden.

Schule: Zeit neu zu denken

Nach dieser Phase des Homeschooling kann der reguläre Schulbetrieb nicht einfach wieder aufgenommen werden wie zuvor. Bei allen Schritten, die nun gegangen werden, sollte Fokus auf dem Kindeswohl und der Beziehungsarbeit zwischen Lehrkraft und Schüler*innen liegen, Leistungsbeurteilung sollte vorerst eine untergeordnete Rolle spielen – auch wenn klar ist, dass diese Ebene nach und nach auch wieder aufgenommen werden muss. Wir schlagen deshalb folgende Maßnahmen vor:

- **Alle Schüler*innen steigen automatisch ins nächste Schuljahr auf** – so wird für viele Schüler*innen und Familien der Druck reduziert und sie sind in der Lage, die letzten Wochen erst einmal in Ruhe zu verarbeiten. Denn eine gute Verarbeitung der Geschehnisse ist für die dauerhafte seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen unerlässlich. Außerdem wird damit die Benachteiligung der Schüler*innen, die zu Hause schlechte Lernbedingungen haben, reduziert.
- **Aussetzung der Anwesenheitspflicht in der Schule:** Um die Lerngruppen möglichst klein zu halten, können Eltern, die das wünschen oder deren Kinder zur Risikogruppe gehören, ihre Kinder weiterhin zu Hause beschulen. Dafür ist ein **flächendeckender Einstieg ins E-Learning** essentiell; alle Schulen

müssen für alle Klassen digitale Unterrichtseinheiten anbieten. Um zu gewährleisten, dass alle Schüler*innen daran teilnehmen können, ist die **Digitalisierung der Familien** zu betrachten. Für alle Schüler*innen muss über Leihgeräte inkl. Internetstick der Zugang zum digitalen Lernraum sichergestellt werden können. Lehrer*innen, die zur Risikogruppe gehören oder mit einer Person der Risikogruppe in einem Haushalt leben, können verstärkt den E-Learning-Bereich betreuen und müssten so nicht in der Schule anwesend sein.

- **Kontakt zwischen Schüler*innen und Lehrkräften** muss schnellstmöglich sichergestellt werden. Insbesondere zu Kindern, die nun noch eine Weile zu Hause bleiben, müssen Lehrkräfte, die dies bisher noch nicht getan haben, Kontakt aufnehmen, um die Beziehung nicht völlig abreißen zu lassen und um die Schüler*innen sowohl auf ihrem Lernweg als auch in ihrer persönlichen Entwicklung weiter zu unterstützen.
- **„Homeschooling“ und E-Learning muss in der Notbetreuung möglich sein.** Es macht keinen Sinn, dass Kinder in der Notbetreuung nur „verwahrt“ werden und anschließend noch mit ihren Eltern, die als Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen, Verkäufer*innen oder in anderen systemrelevanten Bereichen einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich gebracht haben, Matheaufgaben oder Englischgrammatik lernen sollen. Darüber hinaus müssen auch für Schulkinder die Zeiten der Notbetreuung auf die Arbeitszeiten der Eltern ausgeweitet werden.
- **Bibliotheken** können als ruhige Lernorte für ältere Schüler*innen geöffnet werden, wenn zu Hause keine guten Lernbedingungen vorhanden sind.
- Innerhalb eines epidemiologisch begründeten Rahmens sollten Schulen eigene Modelle entwickeln, um **Unterricht in kleineren Gruppen** zu gewährleisten. So könnte beispielsweise in den unteren Klassen eine Lehrkraft für eine bestimmte Zahl an Schüler*innen verantwortlich sein, die sie fächerübergreifend unterrichtet. In den älteren Klassen könnte dies durch E-Learning im Fachunterricht ergänzt werden. Klar ist aber auch, dass dafür der Umfang des Unterrichts und des Stoffes reduziert werden muss, damit Lehrer*innen beispielsweise in mehreren Schichten am Tag Kleingruppen betreuen können.
- **Kinder, die der Risikogruppe angehören,** müssen beim E-Learning besonders berücksichtigt werden. Sie werden noch eine lange Zeit nicht in die Schule gehen können. Dies ist nicht nur im Hinblick auf ihren Bildungsweg problematisch, sondern auch, weil ihnen soziale Kontakte zu Freunden noch lange fehlen werden. Beziehungspflege durch Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen kann hier zumindest etwas Linderung verschaffen.

Eltern entlasten

Für Eltern sind neben der psychischen Belastung, die die Gleichzeitigkeit von Kinderbetreuung und Homeoffice mit sich bringt, häufig wirtschaftlichen Sorgen ein Problem. Während wir mit den oben genannten Vorschlägen zwar auch versuchen, die psychische Belastung von Eltern zu reduzieren, uns aber bewusst sind, dass die kommenden Monate für Eltern trotzdem nicht leicht werden, können wir bei der finanziellen Sorge deutlich zur Entlastung beitragen:

- Während viele Unternehmen ihre Mitarbeiter*innen freigestellt und Kurzarbeitergeld beantragt haben, müssen viele Eltern parallel arbeiten und Kinder betreuen. Es wäre nur logisch, ihnen auch die Möglichkeit der Freistellung zu bieten und analog zum Kurzarbeitergeld ein **Corona-Elterngeld** zu zahlen. Einen Vorschlag zur Ausgestaltung haben die Hamburger Grünen vorgelegt. Dieser beinhaltet auch einen Kündigungsschutz und würde damit vielen Eltern die Sorge nehmen, nach der Krise ohne Job da zu stehen. (<https://www.gruene-hamburg.de/artikel/corona-elterngeld-wie-man-eltern-kinder-und-betriebe-in-der-krise-entlasten-kann/>)
- Darüber hinaus sollte ein Corona-Kindergeld gezahlt bzw. der übliche Kindergeldbetrag aufgestockt werden. Denn für viele Familien, die von wenig Geld leben müssen, ist es eine Herausforderung, wenn die Kinder plötzlich nicht mehr in der Kita oder der Schule zu Mittag essen, sondern jeden Tag zu Hause Essen gekocht bekommen müssen.

Kinderrechte auch in der Krise schützen

Kinderrechte durchzusetzen, ist schon in Nicht-Krisenzeiten ein harter Kampf. Viel zu häufig werden Kinder nicht als Träger*innen eigener Rechte wahrgenommen. Dass nicht nur Erwachsene darunter leiden, dass sie sich derzeit nicht mit ihren Freund*innen treffen können, sondern dass diese Tatsache auch für Kinder belastend ist, spielt in der derzeitigen Debatte kaum eine Rolle. Dabei ist die Situation für Kinder je kleiner sie sind umso dramatischer. Sie können sich nicht unbegleitet auf einen Spaziergang treffen und auch das Telefonat oder der Videochat mit Freund*innen kann nicht selbstbestimmt einfach getätigt werden, sondern wenn überhaupt, dann nur, wenn die Eltern das organisieren. Kinder, die in sehr beengten Verhältnissen leben, haben keinen Raum für sich und Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder ohnehin schon manchmal überfordert sind, sind in diesen Zeiten um so mehr am Limit. Es gilt, auch diese Eltern zu entlasten, um Kindeswohlgefährdungen zu minimieren und es gilt, allen Kindern so viel Raum wie möglich zu verschaffen.

- Vor Ort sollten **Konzepte zur Öffnung von Spielplätzen** erarbeitet werden. Damit Eltern hier genug Abstand halten können, müssen wir **zusätzlichen öffentlichen Raum** zur Verfügung stellen. So hat beispielsweise der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg temporäre Spielstraßen errichtet, diesem

Beispiel sollten möglichst viele Kommunen folgen. So können Freizeitaktivitäten entzerrt werden und alle Kinder bekommen die Möglichkeit, sich an der frischen Luft zu bewegen.

- Kinder können keine Hilfehotline anrufen – um so wichtiger ist es, dass Schulsozialarbeiter*innen, Nachbar*innen und Erzieher*innen noch sensibler auf Hinweise auf Kindeswohlgefährdung reagieren. Zu Familien, die nicht in einer Einrichtung betreut werden, könnte zumindest telefonischer Kontakt gehalten werden, damit Eltern Unterstützungsangebote bekommen können, wenn sie mit der derzeitigen Situation überfordert sind. Eine **Informationskampagne** wie die des BMFSFJ mit relevanten Telefonnummern bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung kann auch helfen, um besorgte Nachbar*innen zu befähigen, im Notfall tätig zu werden und sollte ausgeweitet und durch länderspezifische Kampagnen ergänzt werden.
- Für ältere Kinder und Jugendliche muss es schnellstmöglich wieder Anlaufstellen geben, an die sie sich vor Ort wenden können, wenn sie zu Hause vernachlässigt werden oder mit Gewalt konfrontiert sind. **Notübernachtungsplätze** für Jugendliche, die ausreichend Hygiene und Abstandsregeln gewährleisten können, müssen in allen Kommunen vorhanden sein.
- Es muss schnellstmöglich geklärt werden, unter welchen Bedingungen **Kinder- und Jugendeinrichtungen** wieder zumindest einen eingeschränkten Betrieb aufnehmen können. Sie sind häufig Anlaufpunkt für Kinder aus Familien, die besondere Unterstützung brauchen. Häufig gibt es hier das einzige warme Essen am Tag und Unterstützung für die Schularbeiten. Diese wichtigen sozialen Netzwerke dürfen den Kindern und Familien nicht dauerhaft weg brechen.

Unterzeichner*innen:

Nina Stahr, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Anna Gallina, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Hamburg

Anna Tranziska, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Christin Furtenbacher, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Sachsen

Norman Volger, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Sachsen

Ulrike Berger, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Claudia Schulz, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Anne Kura, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen

Hanso Janßen, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen

Susan Sziborra-Seidlitz, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt

Sebastian Striegel, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt

Julia Schmidt, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Alexandra Pichl, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt, Landessprecherin BÜNDNIS 90/ Die Grünen
Thüringen

Bernhard Stengele, Landessprecher BÜNDNIS 90/ Die Grünen Thüringen

Werner Graf, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Berlin